Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4316**
16. Wahlperiode 12. 02. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2677 –

Ratifizierung des IAO-Übereinkommens über Heimarbeit

A. Problem

Ratifizierung des IAO-Übereinkommens über Heimarbeit.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/2677.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/2677 abzulehnen.

Berlin, den 24. Januar 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Dr. Wolf Bauer
Berichterstatter

Walter Riester
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Wolf Bauer, Walter Riester, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Ute Koczy

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/2677** in seiner 60. Sitzung am 26. Oktober 2006 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die antragstellende **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, in vielen Entwicklungsländern griffen keinerlei Schutzbestimmungen zugunsten der in Heimarbeit Beschäftigten. Ein Unfall oder die Geburt eines Kindes führten nahezu automatisch zum Verlust der Existenzgrundlage. Mit der Ratifizierung des Übereinkommens könnte Deutschland ein Zeichen setzen und somit zur Setzung globaler Mindeststandards beitragen. Zudem könnte mit der Ratifizierung ein erster Einstieg in den Aufbau sozialer Sicherungssysteme in den Partnerländern geleistet werden.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, Heimarbeit könne als Zwischenglied zwischen dem formellen und dem informellen Sektor bezeichnet werden und habe erhebliche Bedeutung in den Entwicklungsländern. Es sei richtig, dass es in diesem Bereich kaum Schutzregeln gebe. Das Übereinkommen 177 sei jedoch nicht geeignet, die in Heimarbeit Beschäftigten zu schützen, da es den besonderen Merkmalen der Heimarbeit nicht Rechnung trage. Es fordere die Gleichbehandlung mit formellen Arbeitsverhältnissen und behandele somit Ungleiches gleich. Dies könne nicht zu dem gewollten Schutz führen. Die Tatsache, dass das Abkommen bislang nur von vier der 176 Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden sei, sei im Übrigen ein Hinweis darauf, dass dies auch in anderen Ländern so gesehen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich diesen Ausführungen an. Das Ziel des Antrags sei unterstützenswert, es könne aber so wie vorgeschlagen nicht erreicht werden.

Die **Fraktionen CDU/CSU** und **FDP** ergänzten, die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens würde zu rechtlichen Problemen in Deutschland führen insbesondere hinsichtlich der Telearbeit.

Berlin, den 24. Januar 2007

Dr. Wolf Bauer Berichterstatter	**Walter Riester** Berichterstatter	**Dr. Karl Addicks** Berichterstatter
Hüseyin-Kenan Aydin Berichterstatter	**Ute Koczy** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333